

Titel: eCall im PKW soll 2500 Menschenleben pro Jahr retten

Untertitel: Geplanter Start Oktober 2015 wieder fraglich

Die Geschichte des geplanten vollautomatisierten Notrufs (eCall) für PKW und leichte Nutzfahrzeuge in der EU erinnert frappant an die Geschichte der Verwaltungsreform in Österreich: Alle sind von der Sinnhaftigkeit überzeugt, längst weiß man auch, an welchen Stellschrauben man drehen muss – dennoch wird der Start immer wieder verschoben.

Eine hochkarätige Expertenrunde äußerte beim gestrigen **GSV-Forum** zum Thema „**eCall – europäischer Notruf – bitte warten?**“ die Sorge, dass auch der Termin Oktober 2015 (ab diesem Zeitraum sollten alle neu typisierten PKW und leichten Nutzfahrzeuge verpflichtend mit dem automatischen Notrufsystem ausgerüstet sein) nicht halten wird: Die wichtigste Voraussetzung für das Handling der eingehenden Notrufe, eine flächendeckende technische Infrastruktur, wird bis dahin nicht in allen EU-Staaten verfügbar sein. Außerdem gäbe es seit der Snowden-Affäre zusätzliche Sensibilität bezüglich Datensicherheit.

Raimund **Wagner** (AMV Networks) und Bernhard **Wiesinger** (ÖAMTC) waren sich in ihren Statements darin einig, dass die europäische Autoindustrie über die laufenden Verzögerungen nicht unglücklich ist: Sie geben ihr die Gelegenheit, auf Basis der eCall-Technologie zusätzliche Serviceleistungen zu entwickeln und diese noch vor dem Start des „verordneten“ eCall-Systems in den Markt zu bringen und damit die dringend benötigten Zusatzerlöse zu erwirtschaften. (Der eCall muss ja für den Nutzer kostenlos sein.)

KfV-Chef Othmar **Thann** bedauert die Verzögerungen, schließlich liegt dem eCall ja die Idee zugrunde, die Verkehrssicherheit in Europa zu erhöhen. Thann: „Studien gehen von einer Reduktion der Zahl der Verkehrstoten um 2.500 pro Jahr aus!“ Als nützliches Nebenprodukt erwartet sich Thann wichtige Aufschlüsse für die Unfallursachenforschung. Entscheidend für den Erfolg des eCalls sei die leichte Bedienbarkeit. „Auch technisch Unbegabte müssen im Notfall wissen, was zu tun ist.“

Martin **Grzebellus** (NavCert, Deutschland) wies auf die unterschiedlichen Zeitvorstellungen zwischen Kommission und Rat hin: Das Parlament drängt auf einen möglichst raschen Start wenn möglich noch in 2015 und wird darin von der Kommission unterstützt. Einige Mitgliedsstaaten halten jedoch einen Start vor 2017 für nicht realistisch. Faktum ist, dass ein Beschluss erst für Ende 2014 zu erwarten ist.

Helge **Molin** vom BMVIT (das zusammen mit dem BMI Österreich in den Brüsseler eCall-Gremien vertritt) strich heraus, dass es der EU bei der Regelung „nur“ um den Notruf, nicht um etwaige Serviceangebote der Autohersteller (Third Party Services) geht. Zur Zeit spieße es sich vor allem bei der Frage des Datenschutzes, der aber aus österreichischer Sicht gut geregelt sei.

In seinem Resumee forderte der Generalsekretär der GSV, Mario **Rohracher**, ein rasches gemeinsames Vorgehen aller befassten Stellen in Europa und auch in Österreich, schließlich stünde der Nutzen einer Einführung des eCalls ja außer Frage. Dringend rechtlich zu klären ist auch die Frage, wem die Daten im Fahrzeug gehören. Und: „Die Verbraucher, die Autokäufer, müssen mehr Bewusstsein dafür entwickeln, was es für sie heißt, dass sie sich mit ihrem Fahrzeug künftig in einem vernetzten System bewegen, das zahlreiche persönliche Daten erfasst!“

Fotos zu dieser Veranstaltung unter: http://www.gsv.co.at/?page_id=172

Rückfragehinweis:
GSV – die Plattform für Mobilität
DI Mario Rohracher
Generalsekretär
Mobil: 0660 613 1200
mario.rohracher@gsv.co.at